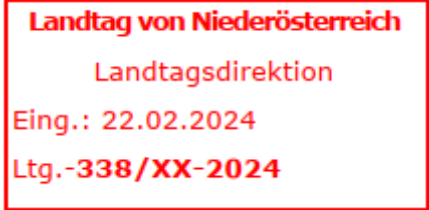


22.02.2024



Antrag

der Abgeordneten Sommer, Lobner, Mag. Scherzer, Zeidler-Beck, MBA, Punz, BA und Krumböck, BA

betreffend **Effektive Bekämpfung der Jugendverschuldung – Finanz- und Wirtschaftsbildung in Schulen weiter forcieren**

Österreichs Jugendliche stehen in den letzten Jahren vermehrt unter wirtschaftlichen und finanziellen Druck. Jeder Fünfte zwischen 14 und 29 Jahren hat Schulden. Jeder Klient der Schuldnerberatung unter 30 Jahren hatte im Jahr 2015 durchschnittlich 29.683 € Schulden. Im Jahr 2023 waren es bereits 33.845 €. 21,7% der Klienten der österreichischen Schuldnerberatung sind unter 30 Jahre alt.

Ein Hauptgrund für die Überschuldung von Menschen unter 30 Jahren ist die mangelnde Finanzbildung. Gemäß dem asb Schuldenreport 2022 ist der falsche Umgang mit Geld bzw. die mangelnde Finanzbildung mit 22,5% hauptverantwortlich für die Überschuldung von Jugendlichen. Viele junge Menschen verlieren mit den gängigen Modellen wie Ratenkauf oder „shop now and pay later“ den Überblick über ihre Finanzen und häufen so Schulden an.

Das Land Niederösterreich setzt bereits seit Jahren zahlreiche Maßnahmen zur Unterstützung bei Überschuldung und zur besseren Finanzbildung in Schulen. Die Schuldnerberatung ist seit über 30 Jahren ein wichtiger Partner des Landes mit unterschiedlichsten Angeboten. 650 Menschen haben im Jahr 2023 die Finanzbildungsberatung der Schuldnerberatung in Anspruch genommen.

Der „NÖ Finanzführerschein“, als gemeinsames Projekt des Landes NÖ, der Arbeiterkammer und der Schuldnerberatung, wird heuer erstmals an zwölf Schulen im gesamten Land pilotiert. Dabei wird den Schülerinnen und Schülern in fünf Modulen zu je zwei Stunden praxisnahes Wissen über Finanzen und Wirtschaft vermittelt.

Vom Bund wurde in den letzten Jahren immer wieder die intensivere Vermittlung von Wirtschafts- und Finanzthemen in den Schulen gefordert. Seit 2021 gibt es die Finanzbildungsstrategie des Finanzministeriums, welche mit einem Aktionsplan bis 2026 die Finanzkompetenz der Menschen in Österreich stärken will. Darüber hinaus ist die „Wirtschafts-, Finanz- und Verbraucherbildung“ als fächerübergreifendes Thema in den neuen Lehrplänen vorgesehen. Auch einzelne Projekte, vor allem durch die Österreichische Nationalbank, sollen weiter forciert werden.

Trotz all dieser Maßnahmen zeigen die Zahlen deutlich, dass es einen noch stärkeren Fokus auf dieses Thema braucht um junge Erwachsene vor der Schuldenfalle zu bewahren. In einer sich immer schneller ändernden Welt muss dabei an der Grundlage, sprich in der Schulbildung, angesetzt und die entsprechenden Voraussetzungen für das kommende Leben geschaffen werden.

Durch den Ausbau der bestehenden Maßnahmen sollen Jugendliche die Grundlagen im Umgang mit Geld, Vermögensaufbau, nachhaltiger Finanzplanung, dem Einstieg in den Kapitalmarkt sowie dem richtigen Umgang mit Schulden erlernen. Mit einer Informationskampagne und dem Ausbau der präventiven Beratung sollen die Risiken der Überschuldung für junge Menschen verringert und gleichzeitig die Vorteile aus dem richtigen Umgang mit Geld vermittelt werden. Damit die zukünftigen Generationen auch unter den immer schwierigeren Rahmenbedingungen die Möglichkeit haben, sich selbst etwas aufzubauen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern,

- a. die Wirtschafts- und Finanzbildung als fächerübergreifendes Thema in den Lehrplänen weiter auszubauen,
- b. die bestehenden Initiativen, wie zum Beispiel der Österreichischen Nationalbank, im Bereich Finanzbildung zu unterstützen,
- c. eine österreichweite Imagekampagne zu starten, um möglichst niederschwellig junge Menschen vor den Gefahren der Überschuldung zu warnen, sowie
- d. die Angebote für präventive Beratungen gegen Überschuldung von Jugendlichen zu fördern.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem BILDUNGSAUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.